

Paibacher



Beitung.

Fränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig fl. 15, halbjährig fl. 7.50. Im Comptoir: ganzjährig fl. 11, halbjährig fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig fl. 1. — Ansertionsgebühr: Für kleine Anserten bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei älteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

Die «Paib. Zeit.» erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Congresßplatz Nr. 2, die Redaktion Bahnhofsgasse Nr. 16. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 11 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Manuskripte nicht zurückgestellt.

Amtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben allernädigst zu erlassen geruht:

Nieber Freiherr von Chlumecky!

Anlässlich des Abschlusses der Session des Reichsraths gedenke Ich mit voller Anerkennung der hervorragenden Dienste, welche Sie seit Jahren in den von Ihnen bekleideten öffentlichen Stellungen mit außerordentlicher Pflichttreue geleistet haben, und verleihe Ihnen zum Zeichen der Fortdauer Meiner besonderen Gnade die Brillanten zu dem Großkreuze Meines Leopold-Ordens.

Wien am 20. Februar 1897.

Franz Joseph m. p.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Februar d. J. dem ersten Vicepräsidenten des früheren Abgeordnetenhauses des Reichsraths, Landtags-Abgeordneten Dr. Theodor Rathrein wie dem zweiten Vicepräsidenten, Landtags-Abgeordneten David Ritter von Abramowicz das Commandeurkreuz des Leopold-Ordens mit Nachsicht der Lagen allernädigst zu verleihen geruht.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. Februar d. J. dem Kanzleidirector des Abgeordnetenhauses des Reichsraths, Hofrath Dr. Heinrich Ritter von Halban den Titel und Charakter eines Sectionschefs allernädigst zu verleihen geruht.

Badeni m. p.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Februar d. J. den Oberstaatsanwalt in Prag Franz Janša zum Vicepräsidenten des böhmischen Oberlandesgerichts allernädigst zu ernennen geruht.

Gleispach m. p.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. Februar d. J. dem Landesgerichts-Adjuncten Dr. Ferdinand Pantucký in Prag den Titel und Charakter eines Rathsscretärs allernädigst zu verleihen geruht.

Gleispach m. p.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. Februar d. J. dem Director der Braunkohlenbergbaue Seegraben und Münzenberg der österreichisch-alpinen Montan-Gesellschaft Matthias Jarič den Titel eines Bergraths mit Nachsicht der Lagen allernädigst zu verleihen geruht.

Feuilleton.

Zusammenföste von Himmelskörpern und ihre Beziehung zur Mondoberfläche.

Von Dr. Arthur Schulze.

Betrachtet man den Mond durch ein Fernrohr selbst von mäßiger Vergrößerung, am besten zur Zeit des ersten oder letzten Viertels, so sieht man, dass ein großer Theil seiner Oberfläche von Erhebungen, Bergen, bedeckt ist. Am merkwürdigsten ist aber die eigenthümliche Form der Erhebungen; sie sind beinahe alle ringsförmig und umschließen eine ebene Fläche, die, wie genaue Beobachtungen zeigen, häufig tiefer, als die Umgebung liegen. In der Mitte erheben sich oft ein oder mehrere Berggipfel, die jedoch meistens niedriger sind, als der umgebende Wall. Von ihrer Form nennt man diese Gebilde Ringgebirge oder Krater.

Manche der Ringgebirge sind die Centren eignethümlicher Strahlensysteme, die sich viele Meilen weit nahezu geradlinig ausbreiten. Zur Zeit des Vollmonds kann man diese Strahlen bei einem Krater, dem so genannten Thyo, mit Leichtigkeit durch ein gutes Opernglas wahrnehmen. Man hat die Ringgebirge als vulcanische Gebilde deuten wollen, allein ein Vergleich

Seine I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Februar d. J. dem Hilfsämter-Director im Finanzministerium Ferdinand Lott tagfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes allernädigst zu verleihen geruht.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. Februar d. J. dem pensionierten Hauptsteuer-Einnehmer Andreas Bell am tagfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes allernädigst zu verleihen geruht.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. Februar d. J. dem Handelsbeisitzer des Landesgerichts in Klagenfurt Ludwig Maurer für die Dauer dieser Function tagfrei den Titel eines kaiserlichen Rathes allernädigst zu verleihen geruht.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 13. Februar d. J. dem Inspector der priv. Südbahn-Gesellschaft und Stationsvorstand in Triest Friedrich Maier die goldene Verdienstkreuz mit der Krone allernädigst zu verleihen geruht.

Se. I. und I. Apostolische Majestät geruhten allernädigst zu verleihen: dem Landwehr-Begleitfeldwebel Josef Schreiber, des Landwehr-Infanterieregiments Graz Nr. 3, anlässlich der auf sein Ansuchen erfolgenden Uebernahme in den Landwehr-Ruhesland das silberne Verdienstkreuz mit der Krone.

Den 23. Februar 1897 wurde in der I. Hof- und Staatsdruckerei das I. und II. Stück der italienischen und das XII. Stück der polnischen Ausgabe des Reichsgesetzbuchs ausgegeben und versendet.

Nichtamtlicher Theil.

Kreta.

Dem Fortgange der Verhandlungen der Mächte mit Bezug auf die Regelung der Kretafrage wird von den Wiener Blättern mit Zuversicht entgegengesehen.

Das «Fremdenblatt» reflectiert auf die Neuerscheinungen, die König Georg von Griechenland nach dem Athener Blatt «Asty» über seinen Entschluss, Kreta zu annexieren, gethan haben soll und erklärt, dass man sich bei aller Sympathie, die man dem Könige der Hellenen für seine Person entgegenbringe, durch diese Neuerscheinungen unmöglich angenehm berührt fühlen könne.

mit den irdischen Vulcanen macht diese Annahme außerordentlich unwahrscheinlich. Ihre oft ungeheure Größe — viele sind 50 und 60, einige über 100 englische Meilen im Durchmesser — die Flachheit und das tiefe Niveau des Innern, ihr außerordentlich dichtes Zusammenstehen und theilweise Uebereinander greifen zeigen, dass sie nichts mit irdischen Vulcanen gemeinsam haben.

Es gibt daher gegenwärtig wohl kaum einen Astronomen, der die Mondkrater für das directe Gegenstück unserer irdischen Vulcane hält. Viele Modificationen der Vulcantheorie sind vorgeschlagen worden, um die Ringgebirge zu erklären, aber alle diese Theorien tragen mehr oder weniger den Charakter des Gefüsstielten, und keine einzige wird durch Erfahrungstatsachen gestützt.

Erblickt man dagegen in den Ringgebirgen das Resultat des Herabstürzens kosmischer Massen, so erklären sich dieselben in durchaus ungezwungener Weise. Jeder Meteorit, der auf den Mond stürzte, bildete, wie oben geschildert, einen Lavasee, umgeben von einem Wall, der beim gänzlichen Erstarren ein Ringgebirge bildete. Einige der herabgestürzten Körper müssen allerdings sehr große Dimensionen gehabt haben, aber warum sollen während der Millionen von Jahren, die der Mond schon existiert, nicht auch einige größere Körper in das Anziehungsbereich des Mondes gekommen sein?

Die Mächte seien bisher aufrichtig bestrebt gewesen auf Kreta geregelte Zustände einzurichten und nirgends habe sich die geringste Feindseligkeit gegen das hellenische und christliche Element gezeigt. Wenn Griechenland sich trotzdem in sein Annexions-Unternehmen gefürzt habe, so habe es sich nur selbst die Folgen zuzuschreiben, die daraus entstehen. Auf das Bombardement der Aufständischen durch die vor Kreta liegenden Kriegsschiffe und die Verhandlungen der Mächte übergehend, schreibt das Blatt: «Dieses Bombardement ist ein Zeichen für die Entschlossenheit aller, coercitiv vorzugehen, und es zeigt, dass sich auch England davon durch seine Wünsche, betreffend die Einrichtungen, die Kreta zu verleihen sind, nicht abhalten lässt. Die Maßregeln zur Verhinderung friedensstörender Handlungen gehen Hand in Hand mit den Anstalten zur Schaffung eines Zustandes auf Kreta, der Bürgschaften für dauernde Ruhe und Ordnung bietet. Der Standpunkt, dass vor allem kräftig eingegriffen werden müsse, und zwar eben im wohlverstandenen Interesse der Humanität, wie Freiherr v. Marshall sehr richtig hervorgehoben hat, und die von Lord Salisbury in die Discussion gebrachte Forderung, dass über die Autonomie Kretas zu verhandeln sei, haben beide Anerkennung gefunden. Aus allen Aeußerungen ist zu ersehen, dass Lord Salisburys Vorschlag, wenngleich nicht explicite, so doch implicite angenommen ist. Damit ist der Weg zur vollen Einigung auch in der neuen Phase der kretensischen Frage gegeben.»

Die «Neue freie Presse» spricht angesichts der Erklärungen, welche Freiherr v. Marshall im deutschen Reichstage und Herr Hanotaux in der französischen Kammer über die kretensische Angelegenheit abgegeben haben, die Überzeugung aus, dass es auch diesmal gelingen werde, die orientalische Gefahr zu beseitigen. Die Mittel, um das kretensische Feuer auszutreten, seien: Der gemeinsame Druck auf Griechenland, damit es dem Werke der Pacificierung Kretas nicht weiter im Wege sei, und die Einführung eines autonomen Zustandes in Kreta, der die Integrität der Türkei nicht antastet, aber die türkische Misshandlung beseitigt. Darüber können sämtliche Mächte, ohne durch gegenseitliche Interessen beirrt zu sein, sich verständigen und angesichts des großen Zweckes, der ihnen vorschwebt, dürfe nicht in Betracht kommen, was Griechenland will oder nicht will.

Das «Neue Wiener Tagblatt» spricht seine hohe Beschiedigung über die Erklärung des Freiherrn von Marshall aus, dass das Bestreben Deutschlands vor allem darauf gerichtet sei, den Krieg hintanzuhalten und sagt, Inhalt und Tendenz dieser Erklärung werden in Österreich-Ungarn vollkommen getheilt.

Es sind nicht nur theoretische Betrachtungen, die das Entstehen der Mondkrater durch Aufsturz wahrscheinlich machen, sondern auch auf experimentellem Wege sind kleine, den Mondgebirgen ähnliche Ringformen hergestellt worden. Althans ließ aus einer Höhe von ungefähr 25 Fuß Kugeln in eine halb erstarnte Mörtelmasse fallen und erhielt dadurch «Gebilde, welche die allergrößte Ähnlichkeit mit den Ringgebirgen des Mondes besitzen. Auch der Centralberg fehlt nicht, es ist der untere Theil des aus dem Einsturzkanal der Kugel aufspringenden Strahles.»

Der Mond ist allerdings nicht in halbfüssigem Zustande, allein die durch den Stoß erzeugte Wärme ist hinreichend, um Berührungsstelle und Meteorit zu schmelzen und dadurch «die steilen Ringwälle typischer Mondkratergebilde mit ihren concentrischen inneren Abstufungen zu bilden.»

Die Energie des Aufsturzes pflanzt sich mechanisch rings um die Kratervertiefungen fort, das Gestein auch in der ungeschmolzenen Mondmasse der Kraterumgebung auf weite Entferungen zermalend und flach aufreibend. Die beobachteten Erscheinungen an beschossenen Panzerplatten geben in dieser Hinsicht den besten Beweis.

Bei großer Dicke der Mondkruste mussten selbst redend die für den Mond charakteristischen Aufstrebungen der Umgebung der Kratervertiefungen noch stärker hervortreten, als bei den Panzerplatten, in denen die

Das «Neue Wiener Journal» erblickt in dem Bombardement ein erfreuliches Zeichen der Entschlossenheit der Mächte, der Friedensstörung im Orient ein Ende zu machen.

In ähnlichem Sinne schreibt das «Illustrierte Wiener Extrablatt»: Der Donner der deutschen, englischen, russischen und österreichisch-ungarischen Kanonen hat eine wesentliche Verhügung in Europa darüber herbeigeführt, dass die vereinigten Großmächte entschlossen sind, den Weltfrieden gegen die großgriechischen Attentate mit aller Energie zu schützen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 24. Februar.

Anlässlich des Ergebnisses der Wahlmannswahlen für die fünfte Curie in den einzelnen Kronländern betont die «Reichswehr», dass überall die socialpolitischen Parteien in ihren verschiedenen Abstufungen gegenüber den rein nationalen Parteien gesiegt haben. Den sozialen Parteien, so führt das Blatt aus, gehöre die Zukunft, und jene Parteien, die es weder verstehen, sozial zu sein, noch sich wenigstens sozial zu geben, unterliegen auf allen Linien. Das sei nicht das Product einer schlau angelegten Agitation, das sei ein Zeichen der Zeit. Nicht die Kraft des Socialismus zeige sich heute, sondern die Macht der sozialen Frage. Christlich-Sociale, Clericale und Socialdemokraten, das sind jene Parteien, die den vernehmlichen Ruf der Zeit nach Socialisierung erfassen, haben gewonnen. Den nationalen Parteien schwinde aber conqueiterweise der Boden langsam unter den Füßen. Das sei die Mahnung, die die Wahlmännerwahlen in das Lager der bürgerlichen, nationalen Parteien deutlich genug hinschwingen, das seien die ersten Etappen zum Triumfo des Nationalismus. Die Phrase von der Dringlichkeit nationaler Fragen habe, angesichts solcher Thatsachen, alle Aussicht, an Zugkraft zu verlieren.

Der Minister des Neuzerns, Graf Goluchowski, wurde gestern von Sr. Majestät dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte gestern in Verhandlung über den Etat des Ackerbauministeriums Minister Daranyi, er wolle sich jetzt nicht über Ausgleichsfragen äußern; er wolle nur bemerken, dass, wenn nicht schon ein gemeinsames Zollgebiet bestände, ein solches im Interesse der ungarischen Landwirtschaft geschaffen werden müsste. Mit der Frage des Donau-Oder-Kanals besasse sich die Regierung beständig und auch mit der Frage des Waag-Oder-Kanals. Die Regierung sei bemüht, der Nothlage in Oberungarn abzuhelfen. Minister Daranyi theilte ferner mit, der Justizminister werde demnächst einen Gesetzentwurf betreffs Regelung des gesamten Genossenschaftswesens vorlegen. Einige Titel des Etats des Ackerbauministeriums wurden angenommen und die Sitzung auf morgen vertagt.

Die von einem Wiener Blatte verbreitete Meldung von der angeblichen Demission des rumänischen Ministers des Neuzerns, Stoicescu, und von dessen Ersetzung ist vollständig falsch.

Nach Meldungen aus Christiania nahm der Adelsring mit 42 gegen 41 Stimmen einen Gesetzentwurf an, welcher jene Arbeitgeber mit Geldstrafe und Gefängnis bestraft, die das politische Auftreten ihrer Untergebenen oder die Theilnahme derselben am fachlichen und politischen Vereinsleben durch Entlassung oder die Androhung der Entlassung zu beeinflussen suchen.

Außer im deutschen Reichstag ist vorgestern auch in der französischen Kammer und im englischen Unterhause die Kreta-Frage zur Sprache gekommen.

aus der Schussähnlichkeit weggedrängte Stahlmasse zum großen Theile zur Ausbauchung der Rückwand gedient hat. Der Hohlraum der Vertiefung entspricht daher in der Regel dem Inhalte der nach außen flach abgedachten Erhebung des Ringwalls über die umgebende Mondoberfläche.

Ahnliche Versuche wurden vom Geh. Rath Meydenbaur angestellt, der kleine Mengen eines staubförmigen Körpers (Dextrin) auf glattgestrichene Schichten derselben Substanz fallen ließ, und der dadurch Fallspuren erhielt, welche «die Mondgebilde sammt und sonders bis auf die Strahlensysteme in einer Vollkommenheit, die die bisher geltende Vulcantheorie als schwerbegreiflichen Irrthum zeichnet. Derselbe war nur durch Tradition aus den Zeiten der unvollkommenen Instrumente her möglich».

Die Vorstellung, dass kosmische Massen häufig auf andere Himmelskörper gestürzt, ja dass die Himmelskörper nichts weiter seien, wie das Aggregat solch zusammengefügter Körper, ist übrigens ziemlich alt. Sie ist besonders ausgebaut und begründet worden durch Mr. Lockyer, der namentlich durch spectralanalytische Versuche mit Meteorsteinen die Erklärung für alle Eigenthümlichkeiten der Spectra der Fixsterne, der Kometen, der Nebenstädte u. s. w. finden will.

Die Erklärungen des Freiherrn v. Marschall, des Herrn v. Hanotaux und der Herren Curzon und Balfour stimmen in der Zurückweisung der griechischen Action ebenso überein, wie darin, dass die Zustände auf Kreta dauernd geordnet werden müssen.

An sonstigen wichtigen Nachrichten liegt die Meldung vor, dass der Sultan bereits den auf die vollständige Autonomie der Insel Kreta abzielenden Vorschlägen der Mächte zugestimmt hat und ein siebenjähriger Waffenstillstand von den Muhammedanern und Christen angenommen wurde.

Im englischen Unterhause erklärte gestern Parlamentsuntersecretär Curzon, die Regierung wisse nicht, wer das Signal zur Beschiebung des Insurgentencorps auf Kreta gegeben habe. Das Verfahren wurde zwischen den Chefs der Geschwader vereinbart, vermutlich gab der älteste Officier, der italienische Admiral, das Zeichen. Die Regierung habe keinerlei Andeutung, dass die türkische Regierung feindliche Maßregeln zur See beabsichtige, da der Vertreter der Türkei in Athen und derjenige Griechenlands in Constantinopel bleibe. Man könne nicht sagen, dass jetzt ein Kriegszustand vorhanden sei. — Darling fragte, ob England diejenige Macht sei, die, wie Hanotaux gestern gesagt habe, Ende November 1895 die Einfahrt in die Dardanellen vorgeschlagen habe. Curzon erwiederte, dass dies nicht der Fall sei. Auf die Frage Darlings, welche Macht es gewesen sei, erklärte Curzon, es sei nicht seine Sache, dem Unterhause für fremde Mächte zu antworten.

Wie man der «P. C.» aus Salzburg meldet, sollen vier von den Insurgentenbanden, die im Vorjahr in Südmakedonien sich herumtrieben und sich im Spätherbst nach Tessalien zurückzogen, abermals die Grenze überschritten und sich in Gebirgsdörfern festgesetzt haben. Da sie jedoch kaum 400 Mann zählen sollen, sei das Auftauchen dieser Banden nicht geeignet, ernsthafte Unruhe zu erregen, umso weniger als die bulgarische und serbische Bevölkerung, ebenso wie im vergangenen Jahre, dieser Bewegung feindselig gegenüberstehen. Der Vali von Monastir hat drei größere Truppenabtheilungen entendet, welche die Insurgenten einschließen und jede Communication derselben mit der Ebene und die Zufuhr von Lebensmitteln abschneiden sollen.

Wie man aus Cetinje meldet, hat die fortschreitende Bewaffnung der Albaner die montenegrinische Regierung veranlasst, die montenegrinisch-albanische Grenze stärker überwachen zu lassen. Weitergehende militärische Maßregeln werden jedoch in Cetinje vorderhand nicht geplant.

Wie aus Constantinopel berichtet wird, drücken die türkischen Blätter in offiziellen Communiqués übereinstimmend hohe Befriedigung über die gemeinsamen Bestrebungen der Mächte, den Frieden zu erhalten, aus. Sie betonen unter Anspielung auf das Verhalten derselben gegenüber der griechischen Action auf Kreta, dass alle Mächte sich ohne Ausnahme gegen jeden Staat, ob groß oder klein, richten, der eine Politik befolgt, welche, wenn auch noch so geringe Gefahren für den Frieden in sich schließt, und constatieren, dass niemals früher so viele Beweise für den einmütigen Wunsch der Mächte nach Erhaltung des Friedens zutage getreten seien.

Nach einer weiteren von dort zugehenden Meldung hat sich die türkische Regierung vor kurzem infolge Geldmangels und angesichts dringender militärischer Auslagen veranlasst gefunden, abermals, sowie im Vorjahr, einen größeren Betrag vorschussweise aus der Witwen- und Waisencasse des Scheil-ul-Islamats zu entnehmen.

Aus Athen wird gemeldet: Aus Anlass der Ankunft von italienischen Studenten, die als Freiwillige nach Kreta gehen, durchzog eine zahlreiche Menschenmenge die Straßen unter den Rufen: «Es lebe Griechenland! Es lebe Italien! Es lebe Kreta!»

Im englischen Unterhause theilte der erste Lord der Admiralty, Goschen, mit, dass die Expedition gegen Venin erfolgreich gewesen sei und am 18. d. M. die Stadt nach achtstündigem Kampfe eingenommen wurde.

Die «Times» melden aus Shanghai vom 22. d. M.: Wegen der großen in Seoul herrschenden Erregung und weil der König das russische Gesandtschaftshotel verließ, sandten drei russische Kriegsschiffe von Chemulpo 80 Mann mit einem Geschütze nach Seoul.

Tagesneigkeiten.

— (Dankschreiben.) Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Badeni hat folgendes Schreiben an Se. Excellenz Freiherrn v. Chlumek gerichtet: «Hochwohlgeborener Freiherr! Se. I. u. I. Apostolische Majestät haben mit dem im Anschluss mitseligen Alerhöchsten Handschreiben vom 20. Februar d. J. Eurer Excellenz die Brillanten zum Kreuze des Leopold-Ordens allernächstigst zu verleihen geruht. Indem ich Eurer Excellenz meine aufrichtigsten und wärmsten Glückwünsche zu diesem

Zeit besonderer Alerhöchster Huld und Gnade ausspreche, wollen Eure Excellenz mir gleichzeitig gestatten, im Namen der I. I. Regierung wie im eigenen Namen Eurer Excellenz für die nachhaltige und aufopfernde Unterhaltung, welche Hochdieselben mir unter den schwierigsten Verhältnissen zutheil werden ließen, den tiefsinnigsten und ergebensten Dank zu übermitteln. Wollen Eure Excellenz gütigst die Überzeugung genehmigen, dass ich den hervorragenden Anteil, den Hochdieselben an den großen, in der versessenen Session geschaffenen Reformen genommen haben, stets in dankbarer Erinnerung behalten werde, und versichert sein, dass ich auf die Fortdauer hocherer freundschaftlichen Gesinnungen, um die ich mir hiermit zu ersuchen erlaube, den größten Wert lege. Gedenkigen Eure Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung und Verehrung. Wien am 20. Februar 1897. Badeni.»

— (Creditanstalt.) Der Verwaltungsrath der Creditanstalt beschloss eine Dividende von 18 fl. und die Dotierung des außerordentlichen Reservesonds mit 250.000 fl. sowie die Übertragung des Gewinnes per 198.000 fl. auf den Gewinn- und Verlustconto. Von Buchwerke des Anstalts-Gebäudes in Prag werden 100.000 fl. abgeschrieben. Die Gewinne aus Consortialgeschäften, soweit sie am 31. December abgerechnet waren, wurden in das zu vertheilende Jahresertrags einbezogen.

— (Karawankenbahn.) Im kärntnerischen Landtag wurde anlässlich der Billigung von 100.000 fl. für Stammstrecke der Rosenthalbahn nach längerer Debatte auch der Antrag des Abg. Dr. Buggin angenommen, demzufolge die Fortsetzung dieser Bahn über die Karawanken nach Triest im Interesse des Landes und Reiches gelegen bezeichnet wird, daher die Regierung um baldige verfassungsmäßige Behandlung dieser Sache zu bitten sei.

— (Erdbeben.) Aus Innsbruck meldet der «Bote für Tirol und Vorarlberg», dass dem Samstag früh stattgehabten Erdbeben nachmittags zwei Minuten vor 3 Uhr ein neuerlicher Stoß folgte, der etwas kürzer und weniger intensiv war, sonst aber dem Beben in der Früh vollkommen gleich. — Aus Telts wird gleichfalls gemeldet, dass am 20. d. M. ungefähr drei Minuten vor 7 Uhr ein starker, anscheinend horizontaler Erdstoß verspürt wurde, welcher mit einem dumpfen unterirdischen Geräusche verbunden war, dem eine mehrere Secunden andauernde wellenförmige Bewegung folgte, die alle leichten Gegenstände in den Zimmern erglühten und klirrten.

— (Eine ungünstliche Mensur.) Aus Breslau wird gemeldet: Bei einer Mensur wurde der neunzehnjährige Student der Medicin Walther Opik, der Sohn eines Pastors in Schweidnitz, durch einen Stich ins Herz tödlich verwundet. Auf dem Transporte nach der Klinik starb der Verletzte. Sein Gegner, der Student Thiele, gab vor dem Staatsanwalt an, dass der Stich nur infolge eines unglücklichen Zusalls erfolgt sei.

— (Blondin †) Der bekannte Seiltänzer Blondin, der seinerzeit auf einem Drahtseil den Niagara-fall überschritten, ist am 22. d. M. in London gestorben.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

Bunte Sitzung am 24. Februar 1897.

Vorsitzender: Landeshauptmann Otto Detela. Regierungsvertreter: Landespräsident Baron Heinrich. Bezirkskommissär Baron Rechbach.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und verifiziert.

Der Landeshauptmann theilt mit, dass Abg. Kosak sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt habe.

Die eingelangten Petitionen werden den Ausschüssen zugewiesen.

Abg. R. v. Langer berichtet namens des Finanzausschusses über den Voranschlag der Landes-Wein-, Obst- und Ackerbauschule in Stauden für das Jahr 1897.

Der Referent zeigt gleich eingangs an, dass der Anstalt aus dem Landeshunde zu deckende Abgang sich auf 4032 fl. stellt. Wiewohl nun dieser Abgang viel höher ist, als dies in den vorhergehenden zwei Jahren der Fall war, erörtert der Referent weiter, so ist doch anderseits, wenn man sich vor Augen hält, dass die Anstalt in Stauden eine Unterrichtsanstalt ist, ein bestredigender Fortschritt zu begrüßen in dem Umstande der Vermehrung der Schülerzahl von in früheren Jahren 20 bis 25 auf 35 Schüler im heurigen Jahre, ein Zeichen, dass die landwirtschaftliche Bevölkerung ein erhöhtes Interesse der Anstalt entgegenbringt. Bevor er jedoch um das Eingehen in die Specialdebatte bitte, stelle er an das Haus, insbesondere aber an jene Mitglieder derselben, welche das landwirtschaftliche Interesse der Bevölkerung ganz besonders ins Auge gesetzt haben, die Bitte, der einzigen Landesanstalt, welche landwirtschaftliche Zwecke verfolgt, landwirtschaftlichen Fortschritt und Wissen zu fördern berufen ist, dasselbe Wohlwollen entgegenzubringen, als sie es andern Landesanstalten entgegengebracht haben und daher der

Deklung des Abgangs von 4032 fl. aus dem Landesfond ebenso zuzustimmen, wie sie es bei viel höheren Summen bei anderen Landesanstalten gehabt haben.

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1.) Der Voranschlag der Landes-Wein-, Obst- und Ackerbauschule in Stauden für das Jahr 1897 wird genehmigt, und zwar:

Capitel Schule mit einem ordentlichen Erfordernisse von	10.108 fl.
einem außerordentlichen Erfordernisse von	580 >
in Summe von	10.688 fl.
einer Bedeckung von	9.120 >
daher einem Abgang von	1.568 fl.

Capitel Wirtschaft mit einem ordentlichen Erfordernisse von	5.465 fl.
einem außerordentlichen Erfordernisse von	2.319 >
in Summe von	7.784 fl.
einer Bedeckung von	5.320 >
daher einem Abgang von	2.464 fl.
Also einem Gesammtfordernisse von einer Gesamtbedeckung von	18.472 fl.
daher einem Gesamtabgang von	14.440 >
welcher aus dem Landesfonde zur Deklung gelangt.	4.032 fl.

2.) Der für das Jahr 1895 zur Wiesenbewässerungsanlage bewilligte, für das Jahr 1896 verlängerte und die Staatsunterstützung von 1200 fl. in sich schließende Credit von 2400 fl. wird zu eben diesem Zwecke für das Jahr 1897 verlängert.

3.) Dem Hausmeister Alois Lesjak in der Landes-Wein-, Obst- und Ackerbauschule in Stauden wird sein Gehalt von 120 fl. auf 150 fl. erhöht, dagegen entsfällt sein Relatum für Beheizung von 20 fl.

4.) Der Landesausschuss wird beauftragt, die Pläne zur Verlegung des Kuhstalls aus dem Schlosse Stauden an eine andere geeignete Stelle endgültig festzustellen zu lassen und den zum Baue erforderlichen Credit in den Voranschlag für das Jahr 1898 einzufüllen.

Resolution:

Der Landesausschuss wird beauftragt, den fünfjährigen Voranschlägen der Landes-Wein-, Obst- und Ackerbauschule in Stauden eine detaillierte Darlegung sowohl des präliminierten Erfordernisses der laufenden Wirtschaftskosten, als auch der präliminierten Bedeckung des Ertrags der Realitäten als Beilage beizufügen.

In der Specialdebatte wird Capitel «Schule» an-

genommen.

Zum Capitel «Wirtschaft» ergreift Abg. Pakiž das Wort, bespricht den alljährlich wiederkehrenden Abgang und beantragt eine Resolution, der Landesausschuss wird beauftragt, eingehend die Ursachen zu erheben, warum sich alljährlich ein bedeutendes Deficit bei der Wirtschaft in Stauden ergibt und in der nächsten Landtagssession hierüber zu berichten.

Abg. Benarčić weist auf seine wiederholten Anregungen in den früheren Sessioen hin und stellt eine Resolution, es sei sowohl seitens der Direction der Ackerbauschule sowie seitens der Landesbuchhaltung eine sachliche Buchhaltung einzuführen, damit genau ersehen werden könne, welche Posten aktiv, welche passiv sind und sohn entsprechende Anträge bei den einzelnen Posten gestellt werden können.

Mit der Resolution des Abg. Benarčić erklärt sich der Referent vollkommen einverstanden.

Gegenüber dem Abg. Pakiž bemerkt der Abg. Ritter v. Langer, dass es sich hier um eine Wirtschaftshandels-Schule handelt, die im Zusammenhange mit einer landwirtschaftlichen Schule steht und nicht um eine alleinstehende Wirtschaft. Würde man wohl bei einer alleinstehenden Wirtschaft von circa 100 Joch außer eines Schaffners auch Gärtnerei, Glashäuser, Obstzüchter über große Gärten produziert werden, theilts umsonst, theilts um Preise von 4 und 10 fl., statt um 10 und 25 fl., wie die Preise eigentlich stehen, abgeben, was schon einen Entgang von bei 1000 fl. ausmacht. Und wie vieles andere wäre dann anders. Möge man sich nur eine Buchführung vorstellen, worin alle Auslagen der Wirtschaft, die nicht geschehen würden, wenn sie nicht mit der Schule im Zusammenhange stünde, aus dem Conto Wirtschaft eliminiert werden und damit Conto Schule belastet wird, dann wird man finden, dass die Wirtschaft vielleicht schon jetzt aktiv steht.

Die Anträge und Resolutionen des Ausschusses und die beiden von Abg. Benarčić und den Pakiž gestellten Anträge werden angenommen.

Abg. Hribar berichtet namens des Finanzausschusses über die Petition des Franz Smolić, Aushilfsdieners bei der Landeskasse, um Nachsicht des überschrittenen Normalalters.

Dem AusschusSANTRAG entsprechend wird diesem Ansuchen Folge gegeben, hingegen die Bitte des Geschäftstellers um Einrechnung der bisherigen Dienstzeit in die Pensionsfähigkeit abgelehnt.

Abg. Dr. Žitnik berichtet namens des Finanzausschusses über den Bau des neuen Landes-Spitals, um Einrechnung der bisherigen Dienstzeit in die Pensionsfähigkeit abgelehnt.

Abg. Dr. Žitnik berichtet namens des Finanzausschusses über den Bau des neuen Landes-Spitals, um Einrechnung der bisherigen Dienstzeit in die Pensionsfähigkeit abgelehnt.

Der Landesausschuss brachte in Ergänzung der bisherigen Berichte über den Spitalsbau die Wahrnehmungen, über die im Jahre 1896 bewirkten Bollendungsarbeiten, wie auch über die um diese Zeit an den verschiedenen technischen Installationen des Landespitals gemachten Wahrnehmungen dem Landtag in einem umfassenden, eingehenden Berichte zur Kenntnis.

Die bauliche Thätigkeit beim Spitalsbau seit dem Bezug des derselben bis zum Ende des abgelaufenen Jahres erstreckte sich zunächst auf die Bollendung kleiner Arbeitsausführungen in den Pavillons, welche Herstellungen ihrer Unwesentlichkeit halber, um den Bezug des Spitals im Herbst 1895 zu ermöglichen, seinerzeit unterbleiben mussten. Hierzu gehörte außer verschiedenen Maler-, Anstreicher- und Tischlerarbeiten insbesondere die Beschaffung der Wirtschaftseinrichtung in der Küche, Wäscherei und den Vorralbmagazinen, Bestellung der Wirtschaftseinrichtung in allen Pavillons sowie jener für die Krankenzimmer III. Classe, Möblierung der Classenzimmer, der Arbeitsträume der Primarien, der Wohnzimmer der Secundarärzte, endlich die Beschaffung der Brettsalouisen in allen Objecten.

Die Bedeckung dieser Anschaffungen erfolgte theils aus dem mit Beschluss des Landtags vom 1. Februar 1895 bewilligten Crediten per 4800 fl. für Einrichtung, theils aus dem mit Beschluss vom 6. Februar 1896 bewilligten Nachtragscrediten per 15.000 fl. für Ergänungsarbeiten im Jahre 1896.

Zu den eigentlichen Bauarbeiten gehören die Bollendung des Administrationsgebäudes, welches bis zum Frühjahr 1896 in unseligm Zustande der Landesausschuss zu Kanzleien benützte, während die Direction und Verwaltung sowie die Aufnahmestanzlei bis zur Bollendung des Verwaltungsgebäudes provisorisch in verfügbaren Räumen des gynäkologischen Pavillons untergebracht waren. Desgleichen wurde die Bollendung des Beamten- und Dienerwohnhauses bewirkt. Die beiden Objecte waren im August v. J. fertiggestellt und wurden im Laufe des Sommers bezogen. Die Wohnungen im Beamtenwohnhouse wurden dem Verwalter und Controlor zugewiesen. Im Dienerwohnhouse sind der Maschinist, 2 Heizer und der Kanzleidiener untergebracht, während für den Secierdiener eine Dachwohnung im Stallgebäude hergerichtet wurde.

Einen bedeutenden Zeitaufwand beanspruchte die Herstellung der Gartenanlagen, Wege, Rasenplätze, Alleen etc. Die Arbeiten wurden lediglich durch Zwangsangestellte bewerkstelligt, während die Lieferung der Bäume, Geesträuche etc. bis auf eine geringe durch Handeinkauf besorgte Partie vom Landesausschuss begeben wurde.

Die endgültige Einfriedung des Spitalscomplexes konnte leider nur in der Streck von der St. Petersmaut bis zum Administrationsgebäude vollendet werden, weil infolge der argen Säumigkeit von Seite des Steinmech-consortiums die benötigten Sockelsteine noch heute nicht gänzlich angeliefert wurden.

Innerhalb des Anstaltscomplexes war es aus Gründen der erforderlichen Absonderung gewisser Kranken, wie der vorläufig im Siechenhause untergebrachten Freien, der Infection- und Hautkranken, sowie der auf der Beobachtungsabtheilung befindlichen Patienten notwendig, separat eingeziedete, an die betreffenden Gebäude anschließende Abtheilungsgärten herzustellen. Ebenso wurde dem Verwalter und dem Controlor je ein, und dem sonst Naturalsquartiere genügenden Personale zusammen ein gesondert eingeziedeter Garten zur Benutzung zugewiesen. Sämtliche Planierungs- und Gartenarbeiten wurden im vergangenen Jahre zwar der Hauptsache nach, jedoch nicht gänzlich vollendet. Die Ursache hiervon liegt zum Theil, wie schon erwähnt, hinsichtlich der Einfriedungen und der damit verbundenen lebenden Bäume, in säumigen Lieferungen, zum Theile jedoch in den, für Arbeiten im Freien sehr ungünstigen Witterungsverhältnissen des Vorjahrs.

Zu den im Jahre 1896 bewirkten Arbeiten gehört auch die Ergänzung der Beleuchtungsanlage durch Anbringung von mehreren Lampen, deren Nothwendigkeit sich in der Proxie herausstellte.

Was den finanziellen Stand des Spitalsbaues anbelangt, so wurde in den verschiedenen vergangenen Sessionen vom Landtag à conto des Baufonds mit Einrechnung des der Spitalsverwaltung für die Einrichtung gewährten oberwähnten Betrags per 4800 fl. zusammen ein Credit per 697.370 fl. bewilligt, dessen letzte Rate per 15.000 fl. bis Ende 1. J. fällig ist. Von diesem Credit wurde bisher unter Berücksichtigung aller à conto des Baues zu verrechnenden Kosten zusammen der Betrag von 638.690 fl. 56½ kr. ausbezahlt.

Der zweite Theil des Berichts bespricht die Erfahrungen, welche man in verschiedener Beziehung rücksichtlich der technischen Installationen und der Betriebsführung überhaupt während des ersten Betriebsjahres im neuen Landespital gemacht hat.

Mit dem Beschluss des Landtags vom 9. Juli 1896 wurde der Landesausschuss beauftragt, mit der Gemeinde der Töchter der christlichen Liebe des heil. Vincenz von Paul wegen Beistellung der Regie-Erfordernisse und der Krankenbelöhnung in der Landes-Siechen-, Gebär- und Siechenanstalt einen neuen Vertrag abzuschließen.

Auf Grund dieses Beschlusses wurden vom Landesausschuss mit der Ordensgemeinde auf schriftlichem und mündlichem Wege sehr langwierige und eingehende, man darf beifügen, sehr schwierige Verhandlungen geführt, die schließlich unter dem 28. September 1896 mit dem Abschluss des neuen Vertrags endeten. Inwieweit das Land von den Bestimmungen dieses Vertrags befriedigt sein kann, wird verlässlich erst an der Hand der Erfahrung festzustellen sein, wohl aber ist der Landesausschuss der Überzeugung, dass im gegebenen Zeitpunkte und unter den gegebenen Umständen ein günstigerer Abschluss nicht zu erreichen war.

Aus den Bestimmungen des neuen Vertrags mögen zunächst mit Rücksicht auf die dem Landesausschuss gegebenen Directiven folgende angeführt werden:

Die Regievergütung per Kopf und Tag wurde in den Pavillons des Krankenhauses für die III. Classe von 14 ½ auf 12 kr., in der II. Classe von 38 auf 34 kr. und in der I. Classe von 65 auf 61 kr. heruntergesetzt.

Dem Antrage des Ausschusses entsprechend wird der Bericht genehmigend zur Kenntnis genommen.

Abg. Dr. Žitnik berichtet namens des Finanzausschusses, betreffend die Unterstützungen für Schulbauten.

Für das Schuljahr 1897 beantragt der Ausschuss nachfolgenden Schulgemeinden Subventionen für Schulbauten aus dem Landesfonde zu bewilligen:

Seisenberg	300 fl.
Altwinet	400 >
Sagorje	400 >
Prem	200 >
Gottschee	500 >
Mösel	200 >
St. Martin	500 >
Heiligenkreuz	500 >
Dobrova bei Götzach	100 >
Koprivnik	200 >
Löschach	150 >
Ossiache	150 >
Lengenfeld	200 >
Reisen	200 >
Weihenfels	100 >
Nussdorf	500 >
Mannsburg	300 >
Oberseld	350 >
Rabenze	150 >
Unterberg	150 >
Tscheplach	150 >
Sucher	300 >

Abg. Pakiž befürwortet, Unterstützungen für die Schulbauten in Gora und Soderschitz im Voranschlag des Jahres 1898 einzustellen.

Der Ausschuss beantragt weiter, dass Ansuchen mehrerer Gemeinden u. a. auch jenes der Gemeinde Erzel, Bezirk Wippach, um Unterstützungen abzuweisen.

Abg. Bavrenčić wünscht, dass die Angelegenheit vorerst vom Landesausschuss eingehend untersucht werde, und beantragt, das Ansuchen nochmals an den Finanzausschuss zur Berichterstattung zurückzuweisen.

Nach der erhaltenen Ausklärung vom Berichterstatter stellt Abg. Benarčić die Resolution, dass das Ansuchen in den kommenden Jahren entsprechend berücksichtigt werde.

Die Anträge des Ausschusses sowie die Resolution der Abg. Pakiž und Bavrenčić werden angenommen.

Abg. Biskupski berichtet namens des Finanzausschusses über den Voranschlag des Normalenschulfonds für das Jahr 1897 und die Petition der Lehrerschaft um Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

Referent behält sich eingehendere Erörterungen bei den einzelnen Anträgen vor.

Landespräsident Baron Hein stellt den Landesregierungsrath Merk dem Hause vor.

Abg. Globočnik erklärt es als Pflicht aller Abgeordneten der Petition der Lehrerschaft um Verbesserung ihrer finanziellen Lage die eingehendste Würdigung und das wärmste Entgegenkommen zutheil werden zu lassen. Redner bespricht eingehend die angestrebenden Verbesserungen und kommt zum Schlusse, es sei richtig, dass die Finanzen des Landes ungünstig sind, aber der für Verbesserung der Lehrergehalte aufgewendete Betrag sei eine eminent productive Investition für culturelle Zwecke. Die Zuweisung an den Landesausschuss zur weiteren Erhebung sei notwendig, da so einschneidende Beschlüsse nicht ohne gewissenhafte Prüfung aller Umstände gesetzt werden können. Er empfiehlt jedoch dem Landesausschuss die wohlwollendste Behandlung der Angelegenheit und behält sich vor, in der Specialdebatte zu den einzelnen Anträgen des Ausschusses Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. Tabčar betont, dass die Partei, der er angehört, mit Freuden das Schulwesen fördere. Es sei auch viel für die Schule, jedoch sehr wenig für die Lehrer gethan worden. Der Lehrer genieße auch heute nicht jenes Ansehen, das ihm vermöge seiner Stellung gebüre. Redner bespricht die Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung und findet, dass die Bevölkerung den Lehrer noch immer als ein inferiores Individuum betrachte. Der Abgeordnete kommt sodann auf Untersuchungen zu sprechen,

die gegen Lehrer wegen Theilnahme an politischen Agitationen eingeleitet, und diese dadurch in den Augen der Bevölkerung herabgesetzt wurden. Er erwähnt der Verwarnung, die das Organ des slovenischen Lehrervereins wegen Veröffentlichung von Artikeln politischen Inhalts seitens der Landesregierung erhalten habe und findet das Vorgehen der letzteren nicht gerechtfertigt. Für jedes Blatt sei nur der Redakteur und Verleger verantwortlich.

Der Abgeordnete bespricht sodann die ungünstige Lage des Lehrerstands, für den trotz der ungünstigen Lage des Landes etwas geschehen müsse. Er wünscht, dass auch die Regierung zur Verbesserung der finanziellen Lage etwas beitrage, weist auf die gesetzliche Verpflichtung derselben hin und stellt in diesem Sinne eine Resolution.

Landespräsident Baron Hein erklärt, die Frage rücksichtlich des ergangenen Erlasses an den «Učiteljski Tovariš» biete zu einer juristischen Discussion Veranlassung, die sich sehr ausgedehnt gestalten würde. Er wolle jedoch das hohe Haus durch die eingehende Befragung der Frage vom juristischen Standpunkt aus nicht ermüden, und werde sich daher nur auf die Erörterung einiger wesentlichen Fragen beschränken.

Der slovenische Lehrerverein sei sowohl nach seinen Statuten, wie auch nach seiner äußeren Erscheinung kein politischer Verein. Dies erhelle auch daraus, dass ihm Minderjährige und Frauen angehören, die nach dem Vereinsgesetz einem politischen Vereine nicht angehören dürfen. Ein nicht politischer Verein dürfe aber nach dem Vereinsgesetz keine Politik treiben, widrigensfalls er den Consequenzen derselben verfolle.

Nun komme die zweite Frage zu beantworten, ob die Artikel des «Učiteljski Tovariš» politischer Natur waren und als eine Emanation des Vereins anzusehen sind. Der Landespräsident ist nun der Auffassung, dass die fraglichen Artikel politischer Natur sind, da sie sich gegen den Clericalismus überhaupt wenden und die Lehrer zu einer dem Clericalismus entgegengesetzten Auffassung heranziehen wollen. Da jedoch der Clericalismus als ein politisches System angesehen werden muss, sind Artikel, die ihn bekämpfen, politischer Natur. Der Verein ist nicht politisch und gibt trotzdem politische Artikel hinaus, denn der «Učiteljski Tovariš» wird direkt vom Vereine herausgegeben. Seinerzeit war das Blatt bloß das Organ des Vereins und wurde von einem Lehrer herausgegeben; jetzt fungiert der Verein selbst als Herausgeber. Alles, was in einem Blatte erscheint, ist jedoch eine Emanation des Herausgebers, und derselbe hies für verantwortlich. Auf Grund der Bestimmungen des Pressugesetzes wurde gegen den Herausgeber nicht eingeschritten, weil die erwähnten Artikel zwar hart die Grenze des Strafbaren streiften, aber doch im Sinne des Pressugesetzes nicht strafbar Inhalten waren.

Da nun der Verein als Herausgeber für diese politischen Artikel verantwortlich ist, ergibt sich die weitere Frage, ob die Landesregierung berechtigt war, denselben zu verwarnen. Nach § 24 des Vereinsgesetzes kann ein Verein wegen Überschreitung seines statutarischen Wirkungskreises ausgelöst werden. Der Paragraph besagt, er kann ausgelöst werden, nicht aber, dass er ausgelöst werden muss. Hätte die Landesregierung die Auflösung versucht, so wäre eine solche Entscheidung gewiss von allen Instanzen bestätigt worden. Der Landespräsident habe jedoch die Auflösung nicht versucht, weil der Verein eine große Anzahl von Mitgliedern des Lehrerstands zähle, sein Wirken für dieselben ein segensreiches genannt werden muss und das Blatt desselben doch zumeist Artikel sachlichen Inhalts veröffentlichte, und die Auflösung des Vereins wegen zweier Artikel politischen Inhalts mit Rücksicht auf die erwähnten Umstände zu hart gewesen wäre. Es sei daher nur im Interesse der Lehrerschaft gewesen, wenn er sich auf den Standpunkt des Freundes gestellt habe und dem Vereine nur eine Warnung zu kommen ließ. Dass dieses Vorgehen berechtigt war, ergibt sich eben daraus, dass sich das Plus — die Auflösung — auf das Minimum — die Warnung — reduzierte. Der Herr Landespräsident bemerkte ferner, dass er auch von rechtmässig in seiner Auffassung bestärkt wurde, da der Erlass keine Ansehung erfahren hat. Wenn der Verein halbwegs Aussicht gehabt hätte, bei höheren Instanzen Recht zu finden, hätte er jedenfalls die Rechtsmittel ergriffen. Man dürfe dem Landespräsidenten nicht den kleinlichen Standpunkt zumuthen, dass er wegen einer Stellungnahme gegen seine Verbürgungen sich verlebt fühle. Bei der großen Zahl der gegen Verfügungen der Landesregierung einlaufenden Recurse und Beschwerden müsste dann sein Dienst ein derartig aufreibender werden, dass es dem jeweiligen Landespräsidenten unmöglich gemacht würde, auch nur ein mittleres Lebensalter zu erreichen.

Der Herr Landespräsident bespricht sodann die eigentliche Vorlage. Er habe bereits im Finanzausschusse zum Ausdruck gebracht, dass die Ungnade der Lehrerschaft nicht allein durch die Unglättigkeit ihrer Bezüge, sondern auch durch das Orts-Gassen-System erzeugt werde. Dieses System müsse als ein unglückliches bezeichnet werden, weil es gar keine Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit des Lehrers nimmt und weil der Lehrer aus verschiedenen Gründen nicht immer in der Lage ist,

sich versetzen zu lassen, um in eine höhere Gehaltsklasse zu kommen. So sei die Versetzung alter verdienter Lehrer in Orte, wo eine besondere Besitzigung, z. B. für die gewerblichen Fortbildungsschulen, für den Organisten- dienst u. dgl. erforderlich ist, wenn sie diese Qualification nicht besitzen, unmöglich. Ein weiterer Nachteil des gegenwärtigen Systems sei, dass der Lehrer, wenn er nicht die Vorrückung an der gleichen Schule erlangt, den Vortheil derselben durch die Uebersiedlung sehrtheuer erlaufen müsse. Dies treffe insbesondere den verheirateten Lehrer, sobald er mit seiner ganzen Familie übersiedeln muss. Ein solcher Lehrer verblutet sich um der Vorrückung willen und muss Jahre sparen, um den Verlust wettzumachen.

Trotzdem laufen Kompetenzgesuche in großer Zahl ein und es erwächst dadurch ein großer didaktisch-pädagogischer Nachteil, weil es in den seltensten Fällen möglich wird, dass ein schulpflichtiges Kind unter einem Lehrer fortschreitet. Der Mangel an Stabilität hat auch den großen didaktischen Nachteil, dass der Lehrer nicht fest wurzelt in der Bevölkerung, auf die er erziehend einwirken soll. Er soll sich das Vertrauen der Bevölkerung und der Eltern der ihm anvertrauten Kinder erwerben, das kann er jedoch nur durch Erfolge, die er durch Jahre erzielt. Kinder und Eltern können jenes Vertrauen nie erlangen, das innige Zusammenwirken zwischen Schule und Haus ist nur dann zu erreichen, wenn der Lehrer längere Zeit an ein und derselben Schule wirkt.

Mit dem gegenwärtigen System werde bei einer Revision des Gesetzes gebrochen und das Personalsystem mit Vocalzulagen eingeführt werden müssen. Der Herr Landespräsident weist dies durch mehrere Beispiele nach. Wenn der hohe Landtag auf die Resolution inbetrifft der Änderung des Gesetzes eingehe, so nehme er schon jetzt seinen Standpunkt ein. Die Unterstützungen für Lehrer müsse er der Municipalität des hohen Landtags überlassen. Der Landesschulrat werde dankbar acceptieren, was der Landtag den Lehrern gewähren werde. In diesem Sinne empfiehlt er die Anträge des Ausschusses dem hohen Hause zur Annahme. (Beispiel.)

Abg. Baron Schwiegel betont vor allem seine und seiner Partei aufrichtigste Sympathie für die Lehrerschaft. Die Lage der Lehrer in Krain sei gewiss nicht beneidenswert, Krain gehöre jedoch in die Reihe jener Länder, die für ihre Lehrer mehr thun, wie andere. Das Land steht jetzt vor einer Frage, die seine Finanzmittel in hohem Grade in Anspruch nehmen werde. Es sei dies die Frage der Regelung der Ruhegehalte, die ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, wie die Gehaltsregulierung erscheine.

Vom Landesausschusse wurde bereits die Action hies für eingeleitet, die ganz gewiss den Lehrern groß Vortheile bringen, dem Lande groß Opfer auferlegen wird. Die gesetzlichen Bestimmungen, inwieweit die Pensionsnormen für Staatsbeamte auch für die Lehrer des Landes Anwendung finden sollen, bedürfen jedoch noch der Klärung. Bevor aber diese Frage geregelt ist, erscheint es unmöglich, ein klares Bild darüber zu erhalten, welche Opfer das Land hies für bringen müsse. Wenn daher heute die Regulierung der Gehalte schwierigkeiten begegne, so entspringe das nur der Rücksicht auf die weit dringendere Regelung der Ruhegehalte, die für die Lehrer von größerer Bedeutung, wie die Gehalte selbst seien.

Nedner schließt sich den Ausführungen des Herrn Landespräsidenten hinsichtlich der Änderung des Orts-Gassen-Systems vollständig an und unterstützt die vom Abg. Dr. Tavčar eingebrachte Resolution.

Ein weiterer Grund, der heute gegen eine eingreifende Änderung der Lehrergehalte spreche, sei in der finanziellen Lage des Landes zu suchen. Der nächste Vorschlag des Landessfonds werde eine vollkommene Umwälzung bringen und es wäre verfrüht, derzeit mit bestimmten Ziffern zu rechnen. Nedner befürwortet die Anträge des Ausschusses und sieht in den Resolutionen derselben den Ausdruck der wohlverdienten Sympathien für die Lehrerschaft.

Abg. Dr. Tavčar erwidert kurz auf die Ausführungen des Landespräsidenten und erklärt, auf dem von ihm kundgegebenen Standpunkte verharren zu müssen.

Abg. Dr. Bitnik erklärt, dass er und seine Partei genossen für eine bessere Zahlung der Lehrer sind. Er erörtert den Standpunkt, den er im Finanzausschusse bei der Frage der Unterstützungen für Lehrer eingenommen und befürwortet die Anträge des Ausschusses.

Abg. Čajman anerkennt ebenfalls die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lage der Lehrerschaft und befürwortet die Annahme der Ausschussanträge.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters, der warm dafür eintritt, dass den Lehrern eine würdige Existenz geboten werde, wird das Eingehen in die Special-debatte beschlossen.

Die Verhandlung wird abgebrochen und der Landeshauptmann beräumt die Fortsetzung derselben für heute um 10 Uhr vormittags an.

— (Personenachricht.) Frau Baronin Hein, geborene Gräfin Apraxin, ist heute vormittags von Abbazia, wo die hochgeborene Frau zum Gebrauche geweist, nach Laibach zurückgekehrt.

* (Anton Ritter Gaschan von Moosland f.) Die öffentliche Theilnahme anlässlich des Hinscheidens des ausgezeichneten Patrioten und edlen Mannes, dessen Verlust wir beklagen, kam in zahlreichen Beileidsbekundungen bereit zum Ausdrucke. Herr Landespräsident Baron Hein sprach in einem ungemein freundlichen Schreiben sein Beileid der Witwe aus, desgleichen Herr Bürgermeister Hribar und andere hervorragende Persönlichkeiten. Das gestrige Leichenbegängnis fand unter zahlreicher Theilnahme statt, die den erhebenden Beweis erbrachte, welche Verehrung der Verblichene in allen Kreisen der Bevölkerung genossen. Nicht bloß die städtischen Behörden und Anstalten, Vereine und Gesellschaften aller Art folgten dem mit zahlreichen Kränzen geschmückten Sarg, sehr viele Würdenträger und Honoratioren waren vertreten und die Bürgerschaft schloss sich dem Zug an, denn niemand möchte bei der letzten Ehre eines Mannes fehlen, der eine Ehrde der Gesellschaft war.

Den imposanten Trauzug eröffneten die Höglinge des Boisenhauses, denen die städtische Feuerwehr folgte; derselben schloss sich das Veteranencorps mit Fahne an; ihm folgten die städtische Sicherheitswache in Paradeuniform, die städtischen Amtsdienner, Bedienstete der Leichenbestattungs-Unternehmung, die Kränze trugen, der Convent der PP. Franciscaner und die hochw. Geistlichkeit. Hinter dem mit prächtigen Kränzen bedekten Leichenvagen schritten die Verwandten und zahlreiche Trauergäste aus den ersten Kreisen der Gesellschaft. Unter anderen erwiesen dem Dahingeschiedenen die lebte Ehre Herr Landespräsident Baron Hein, Herr Landeshauptmann Detela mit mehreren Landesausschus-Mitgliedern und Landtagsabgeordneten, Herr Bürgermeister Hribar mit vielen Gemeinderäthen und Magistratsbeamten, Herr Handelskammerpräsident Verdan mit mehreren Handelskammerräthen, viele hohe Beamte der hiesigen Behörden, Abordnungen der kainischen Sparcasse, des Casinovereins, der philharmonischen Gesellschaft, des constitutionellen Vereins und Vertretungen anderer Vereine und Corporationen sowie eine große Zahl von Leibtragenden aller Stände. Eine reiche Fülle von schönen Kränzen mit vielgestaltigen Aufschriften auf den Schleifen wurde dem Sarge vorangetragen und schmückte denselben als Leichen treuer Liebe und Freundschaft. Es waren u. a. Kränze gewidmet worden von der freiwilligen Feuerwehr in Laibach «ihrem hochverehrten Ehrenmitgliede»; vom Vereine der kainischen Sparcasse «seinem hochgeschätzten Mitgliede»; von der Gemeinde der Landeshauptstadt Laibach «ihrem Ehrenbürgern und gewesenen Bürgermeister»; vom Casinoverein «seinem ältesten Mitgliede»; vom Militär-Veteranencorps «seinem Ehrenmitgliede»; von den deutschen Landtags-Abgeordneten «dem hochverehrten ehemaligen Collegen»; vom constitutionellen Vereine «seinem hochverehrten Mitgliede». Möge dem Verblichenen die Erde leicht sein. — Sein Angedenken wird fortleben, als das eines edlen Menschen, der sein Leben dem Wohle des Vaterlands und seiner Mitbürger weiste!

— (Rudolfswerter Sparcasse.) Wie uns mitgetheilt wird, hat über Ansuchen der Direction der städtischen Sparcasse in Rudolfswert die k. k. Landesregierung im Namen des k. k. Ministeriums des Innern die Änderung der Statuten dieser Sparcasse durch die Aufnahme der Ministerialverordnung vom 25. Mai 1895. Nr. 28.516, betreffend die Vinculierung der Einlagen Pflegebedürfner in dieselben, genehmigt. — o.

* (Ertrunken.) Am 22. I. Mts., gegen 9 Uhr vormittags, gieng die 80 Jahre alte Inwohnerin Gertraud Habe, wohnhaft in Grenc, polit. Bez. Krainburg, zu dem bei der Ortschaft Bauchen vorbeifließenden Bach um zu waschen. Infolge plötzlicher Schwäche, die sie übermannte, musste dieselbe am Ufer des Baches ausgeschlitten und in das Wasser gefallen sein, da sie gegen Mittag, im Bache liegend, tot aufgefunden wurde. — r.

* (Aus dem Polizeirapporte.) Am 22. d. M. wurden fünfzehn Verhaftungen vorgenommen, und zwar sechs wegen Bacierens, zwei wegen Diebstahlverdachts, zwei wegen Trunkenheit und fünf wegen Excedierens. — Olhmar Scheicher, gewesener Handlungskommiss, wurde wegen gefährlicher Drohung dem k. k. Landesgericht eingeliefert. — r.

* (Deutsches Theater.) Herr Wittels beendete gestern sein kurzes erfolgreiches Gastspiel, indem er neuerlich in der Posse «Familie Schneid» eine lebenswahre, urwüchsige Rolle spielte. Besonderen Beifall fanden auch die vom Gaste trefflich vorgetragenen Couplets. Von den sonstigen Darstellern sind besonders Fräulein Horal, die diesmal als Possensoubrette fungierte und Herr Felig hervorzuheben. — Das Theater war schwach besucht.

Neueste Nachrichten.

Kreta.

(Original-Telegramm.) Wien, 24. Februar. Gegenüber den unrichtigen Nachrichten über die angeblich geplante Einführung Kretas durch die Italiener sowie dass der Sultan bereits den Vorschlägen der Mächte, betreffend die Autonomie von Kreta, zugestimmt hätte, erklärt das «Fremdenblatt», ein solcher Schritt sei überhaupt nicht gethan worden.

